

Statement

Peter Kammerer
stv. Hauptgeschäftsführer
der
IHK für München und Oberbayern

anlässlich

der Pressekonferenz zur Vorstellung der ifo-Studie
„Die Besteuerung der Digitalwirtschaft – Zu den ökonomi-
schen und fiskalischen Auswirkungen der EU-Digitalsteuer“
im Auftrag der IHK für München und Oberbayern

am 20. September 2018, 13 Uhr,
IHK Akademie, Raum A102
Orleansstr. 10-12, 81669 München

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank an Sie, Professor Fuest, für Ihre fundierte und klare Analyse. Ihre Ergebnisse sind für eine faktenbasierte und rationale Diskussion von größter Bedeutung. Für uns als IHK, als Interessenvertretung der Wirtschaft, sind die Bewertungen des ifo Instituts eine wichtige Messlatte für Politikvorschläge und zugleich ein idealer Ausgangspunkt, bessere Alternativen im Werkzeugkasten der Politik zu suchen.

Aus Ihren Ausführungen ist bereits deutlich geworden, dass die Digitalsteuer viel mehr wäre als nur eine neue Steuer zu Lasten einiger US-amerikanischer Großkonzerne im Namen einer vermeintlichen Steuergerechtigkeit.

Die bisher auf EU-Ebene vorgestellten Pläne überzeugen nicht im Geringsten. In unserer globalisierten Wirtschaftswelt, die durch einen immer intensiver werdenden Standortwettbewerb geprägt ist, birgt jede neue Unternehmenssteuer große Risiken.

Welche Kritikpunkte sind für die Wirtschaft besonders wichtig?

1. Die Digitalsteuer ist ertragsunabhängig angelegt, weil sie sich auf Umsätze bezieht. Das ist ein klarer Bruch mit unserer bisherigen Steuersystematik und würde unser Steuersystem eindeutig in die falsche Richtung entwickeln. Die

Digitalsteuer wäre in Zeiten geringer Gewinne oder im Fall von Verlusten eine Substanzsteuer. Das kann in einem Abschwung die Finanzlage der Unternehmen überstrapazieren und damit krisenverstärkend wirken. Für Start-Ups und wachsende Unternehmen sind solche Substanzsteuern ebenfalls äußerst nachteilig. Diese Auswirkungen wären eine – hoffentlich – ungewollte, aber dennoch eindeutig schädliche Konsequenz der neuen Steuer.

2. Hinzu kommen weitere konzeptionelle Schwächen: Es ist äußerst fraglich, wie eine sachgerechte Abgrenzung der digitalen von der nicht-digitalen Wirtschaft in der Praxis möglich ist. Grundsätzlich wird es in Zukunft keine Bereiche in der Wirtschaft geben, die nicht digital sind. Dies betrifft auch unsere einheimischen Auto- und Maschinenbauer, Chemie- und Pharmaunternehmen sowie den Mediensektor, um nur einige zu nennen. Digitale Geschäftsmodelle, Kundendaten, Schnittstellen werden für alle Unternehmen in allen Branchen eine immer wichtigere Rolle spielen – überall sind digitale Inhalte und Prozesse die Wachstumstreiber.

3. Deswegen muss dringend die Frage gestellt werden: Lohnt sich die Steuer für Deutschland überhaupt? Die ifo-Analyse zeigt: Der an den deutschen Fiskus fließende Anteil am Nettoaufkommen der EU-Digitalsteuer läge wohl zwischen 500 und 800 Millionen Euro. Innerhalb der EU wären unsere deutschen Unternehmen mit etwa 345 Millionen Euro am stärksten mit der Digitalsteuer belastet und damit im EU-

Vergleich die Verlierer. Es drängt sich der Eindruck auf, dass hier Symbolpolitik veranstaltet werden soll und die Politik gar nicht erkennt, wie groß die Gefahr ist, sich dabei ins eigene Fleisch zu schneiden.

4. Der mit einer Digitalsteuer vom Zaun gebrochene Systemwechsel zu einer stärkeren Besteuerung von Umsätzen – als Indikator des Ortes der Wertschöpfung – würde unseren globalen Handelspartnern eine Steilvorlage für die zusätzliche Besteuerung europäischer Güter liefern. Für die USA wäre die Digitalsteuer zweifelsohne ein weiterer, willkommener Konfliktpunkt in den schwelenden Handelsquerelen.

Die bayerische Wirtschaft schickt mehr als 40 Prozent ihrer Exporte in Drittstaaten außerhalb der EU. Im Vorjahr gingen allein Waren im Wert von 21,5 Milliarden Euro aus Bayern in die USA, bezogen auf ganz Deutschland belief sich das Exportvolumen in die USA auf 111,5 Milliarden Euro.

Hypothetisch und stark vereinfacht überschlagen, würde eine als US-Gegenmaßnahme erlassene Steuer von ebenfalls drei Prozent auf diese in den USA erzielten Umsätze die deutschen Exporte mit 3,3 Milliarden Euro belasten.

5. Auch müssen wir im Auge behalten, dass viele unserer heimischen Betriebe zukünftig durch digitale Aktivitäten in die neue Steuer hineinwachsen können. Dazu möchte ich nur das Stichwort „Internet of Things/Industrie 4.0“ geben. Hier dürfen wir den Unternehmen keine digitale Strafsteuer

aufzulegen, sondern müssten sie im Gegenteil dabei unterstützen, in diesem vielversprechenden, aber auch herausfordernden neuen Geschäftsfeld zu wachsen. Wir müssen darauf achten, dass digitale Innovationen in Deutschland und Europa nicht gehemmt werden. Eine Digitalsteuer würde die Entwicklung der digitalen Wirtschaft behindern. Das kann nicht gut für unseren Standort sein.

6. Unsere Erfahrung lehrt auch: Eine einmal eingeführte Steuer – selbst wenn sie nur übergangsweise gelten soll – hat ein sehr starkes Beharrungsvermögen und produziert auch immer zusätzliche Bürokratie. Nicht ohne Grund setzen sich die IHKs bereits langjährig gegen neue Steuern und Abgaben ein. Zu Recht dürfen wir von der Politik verlangen, die langfristigen Folgen einer Steuer umfassend zu begreifen, bevor vollendete Tatsachen geschaffen werden.

Zusammenfassend möchte ich festhalten: Wir warnen eindringlich vor Schnellschüssen wie der Digitalsteuer. Die Politik sollte sich nicht übereilt zu kurzfristigen Maßnahmen verleiten lassen, die den Interessen der deutschen Wirtschaft langfristig absehbar großen Schaden zufügen würden.

Deswegen schlagen wir folgendes vor: Die deutsche Politik sollte einen globalen Konsens zur Erneuerung des Steuerrechts unterstützen. Die Definitionen von Betriebsstätten und des steuerlich relevanten Ortes von erzielten Gewinnen bei digitalen Geschäftsmodellen müssen auf OECD-Ebene ge-

klärt werden. Auch halten wir den ifo-Vorschlag, bestehende Doppelbesteuerungsabkommen auf unerwünschte Steuerpraktiken zu überprüfen und innerhalb der EU besser zu koordinieren, für sinnvoll.

Die ifo-Studie bestätigt in wesentlichen Punkten unsere kritische Einschätzung. Bereits vor zwei Monaten hat die Vollversammlung der IHK München – unser Unternehmerparlament, das 390.000 Firmen und Selbstständige repräsentiert – deutlich Position gegen die Digitalsteuer bezogen und ein ausführliches Positionspapier „Steuern digital – Impulse richtig setzen“ verabschiedet. Dieses Papier finden Sie auch in Ihren Presseunterlagen. Die IHK für München und Oberbayern möchte mit diesen Empfehlungen Politik und Verwaltung dazu anregen, frühzeitig die richtigen Impulse für eine leistungsstarke und international wettbewerbsfähige Wirtschaft zu setzen. In einer globalisierten – und immer digitaler werdenden – Welt sind dafür kluge steuerliche Anreize und Rahmenbedingungen für unsere Betriebe unbedingt erforderlich.